

Das auffällige **DESINTERESSE** des **BUNDESTAGES** an der Bundeswehr



PICTURE ALLIANCE/DPX/MICHAEL KAPPELER

Rekruten der Bundeswehr beim öffentlichen Gelöbnis vor dem Reichstagsgebäude. Viele Abgeordnete interessieren sich aber wenig für die Soldaten

Die Bundeswehr untersteht, anders als die Streitkräfte vieler anderer Länder, der Kontrolle des Parlaments. Der Bundestag bewilligt das Budget und muss Auslandseinsätze zustimmen. Der Verteidigungsausschuss hat besonders weitreichende Rechte. Und es gibt sogar ein eigenes parlamentarisches Hilfsorgan zum Schutz der Grundrechte der Soldaten – den Wehrbeauftragten. Kurz: Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee.

VON THORSTEN JUNGHOLT

Dieses Primat der Volksvertreter über das Militär hat Verfassungsrang. Aber es begründet auch Pflichten. Wer allerdings die jüngsten Mandatsdebatten über die Auslandseinsätze, die Ablösung des in der Truppe hochgeschätzten Wehrbeauftragten oder den seit zehn Jahren herrschenden Stillstand bei zentralen Rüstungsprojekten wie Drohnen oder Kampfflugzeugen verfolgt hat, der fühlt sich an die Rede eines früheren Bundespräsidenten erinnert.

Im Oktober 2005 sprach Horst Köhler im Rahmen einer Kommandeurstagung vom „freundlichen Desinteresse“ der Deutschen an der Bundeswehr. Insbesondere erinnerte er an den Anspruch der Soldaten auf „Verantwortung und Fürsorge des Parlaments“. 15 Jahre später ist festzuhalten: Die Abgeordneten des Bundestages kommen diesen Pflichten nicht nach. Stattdessen herrscht weiterhin Desinteresse an den Militärs. Vorigen Mittwoch zum Beispiel wurde im Plenum über die Verlängerung der Mandate für zwei Bundeswehreinätze in der Sahelregion beraten: Die europäische Ausbildungsmission EUTM und die UN-Stabilisierungsoperation Minusma. Seit mehr als sechs Jahren laufen diese Einsätze, doch erreicht haben sie so gut wie nichts. Die Sicherheitslage im Sahel wird von Jahr zu Jahr schlechter. Die Abgeordneten hätten das an vielen Stellen nachlesen können.

So ist in einem aktuellen Papier der Konrad-Adenauer-Stiftung dargelegt, der von der internationalen Staatengemeinschaft verfolgte Ansatz aus militärischer Terrorismusbekämpfung, Ausbildung der lokalen Sicherheitskräfte und klassischer Entwicklungszusammenarbeit habe „bisher, analog zum vergleichbaren Ansatz in Afghanistan, keine nachhaltigen Effekte gezeigt. Ganz im Gegenteil.“

Insbesondere die Eliten in Mali hätten bisher nur geringe Anstrengungen unternommen: „Stattdessen verlässt man sich darauf, dass bei-

spielsweise die Minusma wie selbstverständlich nationale Wahlen absichert oder malische Politiker sicher von A nach B transportiert.“ Bis heute könne niemand verlässlich sagen, „wie hoch die Zahl der malischen Soldaten eigentlich ist, wer in welchen Einheiten dient oder wo. Wie unter diesen Voraussetzungen Ausbildungsprogramme für die malischen Streitkräfte effektive Resultate erzielen sollen, ist rätselhaft.“

In internen Regierungspapieren, über deren Inhalt im Bundestag geschwiegen wurde und die WELT veröffentlichte, liest sich das ähnlich.

Dort heißt es mit Stand März, die malischen Streitkräfte seien „aufgrund des inneren Gefüges, ausgebliebener struktureller Reformen und unzureichender Fähigkeiten – insbesondere Ausrüstung – nicht in der Lage, die an sie gestellten Erwartungen zu erfüllen“. Die EU-Mission leide an mangelnder Effektivität.

Mit Blick auf die UN-Mission Minusma heißt es, es gebe für die Konfliktparteien keinen Grund für echte Kompromisse, da alle Gruppierungen im Land „vom derzeitigen Status quo und der Präsenz internationaler Sicherheitskräfte profitieren“. Von Malis Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita gingen „keine Reformimpulse“ aus. Die Folge: Im Norden des Landes „genießen die Dschihadisten völlige Bewegungsfreiheit“, in Zentralmali sei der Staat „aus der Fläche in die Städte vertrieben“ worden, die Islamisten etablierten „eigene Verwaltungsstrukturen entlang der Scharia“.

In der Debatte der Abgeordneten fand sich dieser Status quo nur in Spurenelementen. Außenminister Heiko Maas (SPD) erklärte unverdrossen, es sei das Ziel der Regierung, „Stabilität im Sahel zu schaffen, um die Sicherheit in Europa zu erhöhen“. Maas sprach über eine Region von rund fünf Millionen Quadratkilometern, 14-mal so groß wie Deutschland, die fünf Staaten umfasst: Mali, Mauretanien, Niger, Burkina Faso und den Tschad.

Mit rund 750 Soldaten, darunter künftig bis zu 450 statt bisher 350 deutsche, sollen von EUTM in allen fünf Ländern einheimische Sicherheitskräfte trainiert und beraten werden. Die UN-Stabilisierungsmission für Mali ist zwar mittlerweile auf rund 12.000 Soldaten angewachsen, darunter bis zu 1100 deutsche. Der Anspruch, mit dieser Truppenstärke Stabilität in einer riesigen, von Terror, organisierter Kriminalität und schwachen Regierungen geprägten Wüstenregion schaffen zu wollen, ist Hybris.

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) hatte vor einigen Wochen noch selbstkritisch angekündigt, das Ziel des Mandats

Ob es um Auslandseinsätze, Wehrbeauftragte oder bewaffnete Drohnen geht: Die Debatten und Beschlüsse der Volksvertreter zeigen ein problematisches Verhältnis zu den Soldaten. Warum?

müsse gründlich überprüft und der Einsatz dann robuster aufgestellt werden. In ihrer Rede im Bundestag war davon nichts mehr zu hören. Stattdessen lieferte sie die seit Jahrzehnten üblichen Worthülsen: Man müsse weitermachen, weil andere Nationen sich auf Deutschland verlassen. Damit Kinder zur Schule gehen könnten. Und damit den Terroristen der Region der Nährboden entzogen werde.

Die Koalitionsfraktionen stützten die beiden Minister, auch von der Opposition kam wenig Substanzielles. Die Linke forderte wie immer pauschal ein Ende aller Militäreinsätze und empfahl das humanitäre Engagement Kubas als Vorbild. Die AfD beklagte zwar treffend das Fehlen einer Strategie („Was will die Regierung in welchem Zeitraum wie erreichen?“), hatte als Alternative aber nur ein „Afrika den Afrikanern“ zu bieten.

FDP und Grüne zeigten sich unzufrieden mit der Regierung, kündigten aber dennoch Zustimmung zum Mandat an. Immerhin ließen diese beiden Fraktionen in Ansätzen erkennen, dass sie sich mit einigen Details befasst hatten. So wies die FDP auf die im Vergleich zur Zahl der deutschen Soldaten bescheidenen Anstrengungen der Bundesregierung in Sachen Diplomatie und Entwicklungshilfe hin, die dem eigenen Anspruch eines „vernetzten Ansatzes“ nicht genügten. Und die Grünen stellten zutreffend fest, dass Deutschland (Staatsaufbau) und Frankreich (Anti-Terror-Kampf) in der Region zwei unterschiedlichen Militärdoktrinen folgten.

In einem Satz wurde schließlich noch erwähnt, dass Rumänien im Oktober seine Transporthubschrauber aus Mali abziehen wird, mit erheblichen Folgen für die Rettungskette für die deutschen Kräfte. Ohne diese Helikopter ist die medizinische Versorgung bei Einsätzen außerhalb der

Feldlager nämlich nicht mehr gesichert. Die UN denken darüber nach, eine zivile Firma mit dieser Aufgabe zu betrauen – was es noch nie gab in der Geschichte deutscher Auslandseinsätze.

Überhaupt spielte die Sicherheit der eigenen Soldaten jenseits von Lippenbekenntnissen keine Rolle im Plenum: Das Dilettieren der Regierung, die seit sechs Jahren vergeblich versucht, einen Aufklärungsfesselballon zum Feldlager-schutz zu beschaffen, blieb unerwähnt. Auch die Frage, ob bewaffnete Drohnen zum Schutz der eigenen Kräfte Sinn ergeben könnten, wurde nicht thematisiert.

Das allerdings passt gut zu der Debatte über die Beschaffung dieser bewaffneten Drohnen insgesamt. Seit 2009 wird diskutiert, ob die Bundeswehr wie so ziemlich alle verbündeten Armeen dieses Waffensystem erhalten soll. Für die Soldaten ist das ein hochemotionales Thema. Als die Streitkräfte vor wenigen Wochen ihrer Gefallenen des Karfreitagsgefechtes am 2. April 2010 in Afghanistan gedachten, richtete der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Oberstleutnant André Wüstner, einen Appell an die Abgeordneten des Bundestages.

Hätten die Soldaten 2010 bereits über bewaffnete Drohnen verfügt, so Wüstner, hätten sie eine wesentlich größere Überlebenschance gehabt. Deshalb gelte für die Parlamentarier mit Blick auf künftige Auslandsmissionen: „Wenn Sie gegen dieses protektive Waffensystem sind, entgegen den Forderungen aus den Einsatzgebieten: nun denn. Aber dann entsenden Sie nie wieder Soldaten in Konfliktgebiete. Denn wenn in Mali oder sonst wo Kameraden fallen, weil Sie mit Nein gestimmt haben, dann sind das auch Ihre Gefallenen.“

Außerüffelt hat der Appell offenbar niemanden im Parlament, in der Mandatsdebatte spielten bewaffnete Drohnen keine Rolle.

Wie wenig relevant die Meinung der Militärs für den Bundestag ist, zeigt auch die Personalie des Wehrbeauftragten. Der scheidende Amtsinhaber, Hans-Peter Bartels (SPD), darf für sich in Anspruch nehmen, einiges für die Truppe erreicht zu haben. Entsprechend ist seine Reputation in der Truppe.

Kapitän zur See Jörg Hillmann, Kommandeur des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam, sagte WELT, er habe die Zusammenarbeit mit Bartels sehr geschätzt.

Der promovierte Historiker verweist auf ein ambitioniertes Editionsprojekt seiner Dienststelle zu den Protokollen der Sitzungen des in den

50er-Jahren begründeten Bundestags-Verteidigungsausschusses: „In den Protokollen wird auch sichtbar, wie sehr sich die Abgeordneten seinerzeit mit der Bedeutung des Amtes des Wehrbeauftragten beschäftigt haben und welch hohe Bedeutung sich diesem Amt zumaßen.“ Hillmann findet, an der Bedeutung des Amtes habe sich nichts verändert.

Der Bundestag selbst dagegen sieht das offenbar anders. Denn die SPD stellte Bartels kalt, nominierte aus innerparteilichen Proporzr erwägungen stattdessen die sicherheitspolitisch unerfahrene Berliner Abgeordnete Eva Högl. Die Union trug es mit. Viele SPD-Fraktionskollegen hätten ihm unter vier Augen gesagt, das sei eine „Saurei“ gewesen, sagte Bartels WELT. Aber sie hätten sich der Fraktionsdisziplin gefügt.

Die Liste der parlamentarischen Militärmissionen lässt sich beliebig verlängern. Mindestens so lange wie die Debatte über bewaffnete Drohnen läuft jene über neue Kampfflugzeuge als Nachfolger der antikierten Tornado-Jets. Der Bundesrechnungshof rügte im Namen des Steuerzahlers im Februar 2020, dass längst über die neue Flotte hätte entschieden werden müssen.

Wenn die Tornados nämlich länger als geplant betrieben würden, entstünden erhebliche Mehrkosten: zwischen 7,7 und 13,5 Milliarden Euro – und das nur, um einen museumsreifen Flieger in der Luft zu halten. Ist das die „bestmögliche Ausrüstung“, von der die Parlamentarier immer reden?

Auch die europäische Zusammenarbeit ist ein oft gehörtes Thema in den Plenardebatten. Allerdings sah sich der Bundestag bis heute nicht in der Lage, seine im Parlamentsbeteiligungsgesetz aus nationaler Sicht festgeschriebenen Regeln multinationalen Anforderungen anzupassen. Zwar wurde eigens dafür eine von Ex-Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) und Ex-Staatssekretär Walter Kolbow (SPD) geleitete Reformkommission eingesetzt. Weil deren Vorschläge aber nicht gefielen, wurde das Vorhaben auf unbestimmte Zeit vertagt.

Ein Update der betagten Wehrverfassung, von Köhler 2005 angemahnt, wurde bislang nicht einmal diskutiert. Der Ex-Präsident hatte dem Bundestag außerdem „einen neuen, ressortübergreifenden Ausschuss für Sicherheitspolitik“ vorschlagen, um die von der Regierung nur rhetorisch verfolgte zivil-militärische Kooperation der verschiedenen sicherheitspolitischen Ressorts zumindest von Parlamentsseite aus voranzutreiben.

Doch auch hier gilt: Es herrscht vor allem eines – gepflegtes Desinteresse.